

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. September 2023

**Fremde Federn:** Bettina Stark-Watzinger

## *Die DNA der Wissenschaft verteidigen*

Die **Wissenschaftsfreiheit** findet sich nicht nur in Artikel 5 Abs. 3 des Grundgesetzes, sondern auch in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und dem UN-Menschenrechtsabkommen. Doch auch wenn die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland heute **kaum noch (! – D. U.) Übergriffe von Staatsseite** zu fürchten haben, **bleibt der Kampf um die tatsächliche Freiheit der Wissenschaft eine Aufgabe.** Eine Aufgabe, die insbesondere die liberale und demokratische Mitte annehmen sollte.

Die Angriffe auf die Prinzipien der Wissenschafts-, Forschungs- und Lehrfreiheit kommen gleich aus mehreren Richtungen. Schon lange wollen **Tierrechtsaktivisten und Gentechnikgegner** Forschungsmöglichkeiten umfassend einschränken und schrecken dabei auch vor Drohungen gegen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Sachbeschädigungen nicht zurück.

**Die radikale Rechte möchte den Hochschulen ganze Fächer oder Vorlesungsreihen verbieten** und stellt in den Parlamenten ungeniert Anträge, mit denen die Förderung von Wissenschaft an ihre politischen Vorgaben geknüpft werden soll. Das ist zwar mit den Prinzipien unserer Verfassung nicht übereinzubringen und würde von den Gerichten gestoppt werden. Die Botschaft in Richtung der Wissenschaft ist allerdings klar: Sucht Euch lieber andere Forschungsthemen, sonst wird es ungemütlich.

Genau diese Botschaft senden auch **linke Gruppen, die mit wissenschaftsfernen und -feindlichen Begründungen Kampagnen gegen ihnen nicht genehme Themenschwerpunkte, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler fahren.** Auch wenn erste Studien vermuten lassen, dass die Zahl der Studierenden, die dieses Denken teilen, gar nicht so klein ist, kann es darüber keine Diskussion geben. **Die Wissenschaft muss ein Ort der offenen Debatte sein und bleiben.** Um es deutlich zu sagen: Nicht Dozentinnen und Dozenten mit einer abweichenden wissenschaftlichen Meinung sind an deutschen Hochschulen fehl am Platz, sondern diejenigen, die in einer wissenschaftlichen Veranstaltung auf Triggerwarnungen warten.

**Eine andere Meinung zu artikulieren, die Lehrmeinung mit guten Argumenten infrage zu stellen oder eine gut begründete Alternativmeinung vorzutragen, all das muss nicht nur möglich sein. Es muss vielmehr wieder als das verstanden werden, was es ist: die DNA der Wissenschaft.** Die Versuche allerdings, Wissenschaftlerinnen oder Wissenschaftler, die sich klar innerhalb der Grenzen unserer Verfassung bewegen, mit öffentlichen Angriffen zu delegitimieren - zu canceln -, müssen nicht nur von der Politik, sondern auch gesellschaftlich aufs Schärfste zurückgewiesen werden.

In den USA, Großbritannien und anderen Ländern lässt sich bereits seit einiger Zeit die Tendenz beobachten, dass die Universitäten zu einem Raum eingeschränkter Diskursräume werden. Das ist ein schlechtes Zeichen für jede liberale Demokratie, gingen doch Impulse für Liberalisierungen und damit gesellschaftlichen Fortschritt immer wieder von Hochschulen aus.

Wir dürfen uns in Deutschland nicht an den Diskursen über die Einschränkung von Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit orientieren - egal woher sie kommen. Ich will nicht, dass

Bücher aus Bibliotheken verschwinden, weil es in ihnen um sexuelle Aufklärung, die Evolution oder Perspektiven gesellschaftlicher Minderheiten geht, wie es in den USA immer wieder geschieht. Ich will auch nicht, dass Bücher aus Leselisten für wissenschaftliche Seminare verschwinden, weil sie Themen wie Suizid, Sklaverei oder Gewalt thematisieren, wie es an renommierten britischen Universitäten bereits vorgekommen ist.

Uns muss klar sein, dass wir uns nicht zwischen zwei autoritären Ansätzen von rechts und links entscheiden müssen, sondern dass es zwischen diesen auch heute noch den freiheitlichen Ansatz gibt, den es im Sinne des Wissenschaftsstandorts zu verteidigen gilt. Denn machen wir uns nichts vor: Wird dieser Kampf an den Hochschulen verloren, wird zweierlei ganz sicher geschehen. Der Erkenntnisgewinn als Motor gesellschaftlicher Entwicklung und Kernziel der Wissenschaft wird eingeschränkt werden. Und die Freiheit wird - ausgehend von den Hochschulen - auch an anderen Stellen zunehmend unter Druck geraten. Hochschulen würden so von einem Quell der Freiheit zu einem der Unfreiheit.

Der tägliche Kampf um die größtmögliche Wissenschaftsfreiheit ist keiner, der allein in den Parlamenten und vor Gerichten geführt wird. Wir müssen es uns vielmehr zur Aufgabe machen, die Debattenhoheit im Sinne der Freiheit zurückzugewinnen. Wir brauchen nicht nur weiterhin starke und mutige Hochschulleitungen, sondern auch eine Gesellschaft, die diesen mutigen Menschen den Rücken stärkt. Auf dem Trockenen schwimmt es sich nämlich schlecht. Nur so werden unsere Hochschulen nicht zu Orten für - vermeintliche - Neutralität, Cancel-Culture oder Triggerwarnungen, sondern bleiben Orte für intensive Debatten und den Wettstreit der Argumente.

Die Autorin ist Bundesministerin für Bildung und Forschung und gehört der FDP an.

Leserbrief an [leserbriefe@faz.de](mailto:leserbriefe@faz.de)

27. September 2023

Sehr geehrte Damen und Herren der Leserbriefredaktion,

zum Dauerbrenner „Wissenschafts- und Forschungsfreiheit“ nachfolgend ein Leserbrief. Seiner Veröffentlichung sehe ich deshalb mit Spannung entgegen, weil ich hier das Kapitel (Energie und „Klimakrise“) in den Mittelpunkt meiner Ausführungen gestellt habe und mich dabei von der in der F.A.Z. gepflegten politischen Grundhaltung distanzieren: „Im Namen der Wissenschaftsfreiheit!“

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Leser Dietmar Ufer

Leserbrief:

Die Forderung von Bettina Stark-Watzinger, Bundesministerin für Bildung und Forschung, nach freier und ungehinderter Forschung und Wissenschaft („Die DNA der Wissenschaft verteidigen“, F.A.Z. 26.09.23) sind goldrichtig und sehr zu begrüßen. Einen schweren Schlagschatten auf diese Wortmeldung wirft allerdings die Tatsache, dass sie nicht neu ist und in den letzten Jahren immer wieder erhoben wurde (und offenbar auch erhoben werden musste). Beispielsweise im Kommentar von Heike Schmoll „Für Wissenschaftsfreiheit muss gekämpft werden“ (F.A.Z. 01.04.17), in der „Bonner Erklärung zur Forschungsfreiheit“ vom 20. Oktober 2020, initiiert von der damaligen Bundesforschungsministerin Anja Karliczek (CDU), oder in der Wortmel-

derung von Prof. Barbara Zehnpfennig „Worüber man nicht spricht“ (F.A.Z. 05.05.21). Letztlich ist das ein Armutszeugnis für das Niveau der Wissenschaft in Deutschland – und nicht nur hier!

Sucht man nach den Ursachen dieser Misere, so sollte man nicht nur auf die Hochschulen und Universitäten blicken, sondern zugleich das gesamte Bildungssystem, die Medien und vor allem die Politik einbeziehen. Es ist offenbar sogar manchem Professor und leider auch vielen Politikern und Journalisten nicht klar, dass Wissenschaft vom Meinungsstreit, von der konkreten Auseinandersetzung zu Sachfragen lebt. Einen „Konsens“ in einer Wissenschaftsdisziplin zu vermelden, bedeutet nichts anderes als das Ende aller Forschungsarbeiten und damit den Tod dieses Wissenschaftsgebietes zu erklären!

Herausragendes Beispiel sind Energetik und Klimatologie. Es gibt hierzulande in der Lehre, in der Forschung (speziell bei deren Finanzierung) und in den Medien nur eine Meinung: Die Energieversorgung und damit die gesamte Volkswirtschaft muss „dekarbonisiert“ werden, weil Kohlenstoffdioxid zur „Aufheizung“ der Atmosphäre und damit zur Schädigung des Klimas führt. Hinterfragungen dieser These werden entweder ignoriert oder deren Kritiker beleidigt („Klimaleugner“). Lauthals wird verkündet: Die Forschung hier „is settled“! Die Politik beruft sich hierauf und ist dabei, die deutsche Energiewirtschaft in eine ökonomische Katastrophe (Energiepreise, Versorgungszuverlässigkeit) zu stürzen! Damit wurde dieses wissenschaftliche Teilgebiet zum Handlanger der Politik degradiert. Zurecht entstand daher die „Klimapolitik“, die sogar von einem eigenen Ministerium betrieben wird, allerdings mit der Klimaforschung nichts mehr zu tun hat, denn die ist „settled“.

Leider ist das Kapitel „Energie und Klima“ nur eines unter vielen. Es zeigt nur, wie (vor allem) in Deutschland mit der Wissenschaft umgegangen wird, wie Denkverbote letztlich zum Niedergang der Forschungslandschaft führen (siehe z. B. die Nuklearforschung). Warten wir nun auf den nächsten „Hilfeschrei“ der Bundesregierung!

Dr. Dietmar Ufer